

23-02-24

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Scharfe Kritik an Klimapolitik von 250

Theologieprofessorinnen und -professoren sowie leitenden Geistlichen

20.10.2023

ZENTRUM

Scharfe Kritik an Klimapolitik von 250 Theologieprofessorinnen und -professoren sowie leitenden Geistlichen

Umfassender kirchlicher Appell an Bundesregierung gerichtet – Kirchenpräsident Jung bei Erstunterzeichnenden

Mehr als 250 Verantwortungsträgerinnen und Verantwortungsträger aus der theologischen Wissenschaft und den Kirchen haben am Donnerstag (19. Oktober) mit einem öffentlichen Appell an die Bundesregierung effektivere Klimaschutzmaßnahmen und die Einhaltung der völkerrechtlich und verfassungsrechtlich zugesagten Klimaschutzziele gefordert. Unter den Erstunterzeichnenden ist auch der Kirchenpräsident der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), Volker Jung. Am Donnerstag stand unter anderem die erste Beratung über das sogenannte Klimaanpassungsgesetz auf der Agenda des Bundestags, das helfen soll, die negativen Folgen des Klimawandels zu begrenzen.

Stimme in Verantwortung erheben

Die Unterzeichnenden des Appells wollen nach eigenen Angaben „die Stimme in Verantwortung für die vielen Menschen und Lebewesen erheben, die bereits jetzt und auch künftig unter den Folgen des Klimawandels leiden“. Extreme Großwetterereignisse und Überschreitung von bisherigen Messskalen im Jahr 2023 seien für sie Anlass, „die Zeichen der Zeit ernster zu nehmen und die Politik zu den gebotenen Maßnahmen zu drängen“.

Bildungsprogramm zum Klima gefordert

Die Initiative wird von mehr als 200 Professorinnen und Professoren sowie wissenschaftlichen Mitarbeitenden an Universitäten und von 20 Leitenden Geistlichen getragen. Sie fordern konkret ein angesichts der dramatischen Situation angemessenes Klimaschutzprogramm, die Einhaltung oder sogar Verschärfung des Klimaschutzgesetzes, eine parteiübergreifende Gesamtstrategie für Klimaschutzmaßnahmen und eine vom Bund eingeleitete Bildungsinitiative in allen Altersgruppen und Milieus zur Kommunikation des wissenschaftlichen Befunds und zur Akzeptanz der Klima-Maßnahmen.

Viele Beteiligte an Appell

Zu den Initiatorinnen und Initiatoren gehören neben dem hessen-nassauischen Kirchenpräsidenten Volker Jung unter andere der Mainzer Theologieprofessor Ruben Zimmermann, die Landesbischöfin der Evangelischen Landeskirche in Baden, Heike Springhart, der bayerische Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm und Ulrich Lilie, Präsident der Diakonie Deutschland.

Der Appell im Wortlaut

Für eine menschen- und lebensfreundliche Klimaschutzpolitik
Appell von Verantwortungsträger*innen in theologischer Wissenschaft und Kirchen
für effektivere Regierungsmaßnahmen statt Entschärfung des Klimaschutzgesetzes

Die Klimakrise steuert auf immer neue Höhepunkte zu. Nach den verheerenden Waldbränden in Kanada gab es außergewöhnlich starke Regenfälle in Griechenland und Libyen, deren Wassermenge pro m² die des Ahrtals um ein Vielfaches übersteigt. Die Presse sprach von Katastrophen in einem
https://www.zgv.info/das-zentrum/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Baction%5D=&tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=a96eb3a81578298e48f93d1d3466a3ca

23-02-24

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN | Scharfe Kritik an Klimapolitik von 250
Theologinnen, Professorinnen und Professoren sowie leitenden Geistlichen

Die von der Bundesregierung eine Novelle des Klimaschutzgesetzes auf dem Weg
gebracht (1. Lesung 22.09.2023), insbesondere die Rücknahme der sektorspezifischen
Reduktionspflichten ist eine elementare Schwächung der Verbindlichkeit. Das im Juni vorgelegte und
am 04.10.2023 beschlossene Klimaschutzprogramm 2023, das die Maßnahmen zur Durchsetzung
des 1,5-Grad-Ziels festlegen soll, wird von Klimaverbänden, Wissenschaftler*innen und sogar von
dem von der Regierung selbst eingesetzten „Expertenrat für Klimafragen“ einhellig als unzureichend
kritisiert. Alle sind sich einig: Die jetzt ergriffenen und geplanten Maßnahmen reichen bei weitem
nicht aus, um das Klimaziel bis 2030 (Begrenzung auf 440 Megatonnen CO₂-Emission) zu erreichen.
Zudem fehlt nach übereinstimmender Auffassung ein strategisches Gesamtkonzept.

Wir schließen uns dem Urteil von fast 80 Rechtswissenschaftler*innen an, dass Deutschland völker-
und verfassungsrechtlich verpflichtet ist, die Klimaschutzziele von Paris 2015 zu erreichen und
wirksame Maßnahmen zu deren Umsetzung zu beschließen.

Wir betrachten Erd- und Ökosysteme als Gottes bedrohte Schöpfung, in der wir nur ein Teil im
großen Ganzen sind, aber für das wir zugleich eine besondere Verantwortung tragen. Wir dürfen die
Ökosysteme nicht zerstören. Wir sehen auch die Millionen von Menschen und nicht-menschlichen
Lebewesen, die schon jetzt unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden und die besonders im
globalen Süden schutzlos den Klimaveränderungen ausgeliefert sind. Sie tragen die dramatischen
Folgen unserer in der Konsequenz oft rücksichtslosen Lebens- und Wirtschaftsweise in den reichen
Industriestaaten. Das Gottvertrauen, wie es in Bibel und Theologie reflektiert wird, befähigt und
ermutigt uns, entschieden für die Grundüberzeugungen und Visionen unserer christlichen Tradition
einzutreten und immer neu auf den Zusammenhang von „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der
Schöpfung“ hinzuweisen. Eine Ethik planetarer Schöpfungsgerechtigkeit ist ein
Überlebensprogramm für unsere Zivilisation – besonders im Hinblick auf künftige Generationen.

Deutschland hat eine große, historisch gewachsene Verantwortung und ist eines der
einflussreichsten Länder der Erde, das in Produktion und Konsum einen hohen Anteil an der
Emission von CO₂ verursacht. Diese Verantwortung muss in einer parlamentarischen Demokratie
von den gesetzgebenden Organen und der Regierung getragen und durch effektive Maßnahmen
umgesetzt werden.

Als Verantwortungsträger*innen in Kirchen und Theologie können und wollen wir in unseren eigenen
Institutionen notwendige Schritte gehen. Viele Universitäten, Landeskirchen, Bistümer und
Institutionen im kirchlichen Feld haben bereits große Anstrengungen unternommen und eigene
Klimaschutzregularien verabschiedet, die die CO₂-Reduktion mit Nachdruck vorantreiben, obgleich
auch hier noch viel zu tun bleibt.

Zugleich bedarf es gesetzlicher Weichenstellungen des Bundes, die einen effektiven
gesamtgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel einleiten können. Wir nehmen hoffnungsvoll
wahr, dass hier bereits einiges in die erforderliche Richtung gelenkt wurde, aber die bisherigen
Maßnahmen sind nicht ausreichend.

Vor diesem Hintergrund fordern wir als Vertreter*innen von wissenschaftlicher Theologie und
kirchlichen Institutionen die gewählten Parlamentarier*innen auf, eine parteiübergreifende
Gesamtstrategie zu entwickeln, mit der die uns alle bedrohende Krise effektiv und sozialgerecht
bewältigt werden kann. Wir fordern, eine umfassende Bildungsinitiative für alle Altersgruppen und
Milieus der Bevölkerung zu starten, die den unstrittigen wissenschaftlichen Befund (siehe IPCC-
Bericht) ehrlich kommuniziert und somit Mehrheiten für die erforderlichen Maßnahmen gewinnt. Die
gesetzgebenden Organe des Bundes fordern wir dazu auf, das Klimaschutzgesetz nicht zu
entschärfen, sondern konsequent umzusetzen und Schritt für Schritt auf dem Weg zur
Klimaneutralität nachzujustieren. Wir ermutigen die Bundesregierung, ein effektives
Klimaschutzprogramm mit ausreichenden Sofortmaßnahmen zur Einhaltung der Klimaschutzziele zu
beschließen, um damit einen wesentlichen Beitrag für den Erhalt eines schöpfungsfreundlichen
Lebens auf dieser Erde zu leisten, in dem die Würde der Menschen geachtet und die Artenvielfalt
von Tieren und Pflanzen erhalten bleibt.

Pressemitteilung der EKHN vom 19. Oktober 2023

https://www.zgv.info/das-zentrum/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Baction%5D=&tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=a96eb3a81578298e48f93d1d3466a3ca

23-02-24

Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN: Scharfe Kritik an Klimapolitik von 250
Theologieprofessorinnen und -professoren sowie leitenden Geistlichen

© 2023 - Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der EKHN

https://www.zgv.info/das-zentrum/artikel-einzelansicht?tx_web2pdf_pi1%5Baction%5D=&tx_web2pdf_pi1%5Bargument%5D=printPage&tx_web2pdf_pi1%5Bcontroller%5D=Pdf&cHash=a96eb3a81578298e48f93d1d3466a3ca